



Jahresbericht 2015

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht 2015	2
A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen	2
B. Wirtschaftsbericht	3
C. Nachtragsbericht	9
D. Chancen- und Risikobericht	9
E. Prognosebericht	17
Bericht des Verwaltungsrates	20
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015	21
Jahresbilanz	22
Gewinn- und Verlustrechnung	24
Anhang zum Jahresabschluss 2015	25
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	25
Erläuterungen zur Bilanz	29
Mitarbeiter/-innen	38
Verwaltungsrat	39
Vorstand	41
Länderspezifische Berichterstattung	44
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	45

Lagebericht 2015

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen

Rechtsnatur, Träger

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist die Stadt Solingen.

Mitgliedschaft im RSGV

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angeschlossen.

Sicherungseinrichtungen

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses ist seit dem 3. Juli 2015 als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt.

Das System besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen, durch die die deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen gegenseitig für ihren Fortbestand einstehen:

- den elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das wichtigste Ziel des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden (freiwillige Institutssicherung). Auf diese Weise soll die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt und ein Entschädigungsfall vermieden werden. Der gesetzlich gemäß EinSiG geforderte Erstattungsanspruch für Einlagen der Kunden bis zu einer Höhe von 100.000 Euro (gesetzliche Einlagensicherung) stellt im Sicherungssystem der Sparkassen somit nur eine reine Rückfalllösung dar.

Grundlagen der Geschäftstätigkeit, Geschäftsmodell

Die Stadt-Sparkasse Solingen betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.) auf der Grundlage ihrer Satzung und der Sparkassengesetzgebung für NRW. Danach versteht sich die Stadt-Sparkasse Solingen als Universalkreditinstitut für Privatkunden sowie kleinere und mittlere Unternehmen aus Solingen und Umgebung. Das Geschäftsmodell basiert dabei auf einem engen persönlichen Kontakt zu den Kunden und einer umfassenden intensiven, individuellen und persönlichen Kundenansprache.

Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag, Regionalprinzip

Gemäß § 2 SpkG NRW hat die Stadt-Sparkasse Solingen der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebiets und ihres Trägers zu dienen.

Entsprechend ihres öffentlichen Auftrags stärkt sie den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördert die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Die Stadt-Sparkasse Solingen trägt zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag - vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstands sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Die Geschäfte der Stadt-Sparkasse Solingen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland war geprägt durch einen moderaten und gleichförmigen Aufwärtstrend. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2015 real um 1,7 %.

Als zentraler Wachstumstreiber erwies sich erneut die Binnennachfrage, welche 1,5 %-Punkte zum Wachstum beitrug. Der private Konsum expandierte angesichts eines steigenden Beschäftigungsniveaus, stark wachsender Reallöhne und der Kaufkraftgewinne aufgrund niedriger Ölpreise. Zudem bewirkten steigende staatliche Transfers und Zuwächse der staatlichen Konsumausgaben einen kräftigen Anstieg der Staatsausgaben.

Die Investitionskonjunktur blieb demgegenüber verhalten. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche im Jahr 2015 zwar gegenüber dem Vorjahr um 1,6 %. Nach starkem Jahresbeginn gingen die Investitionen der Unternehmen im Jahresverlauf allerdings wieder spürbar zurück. Hierfür dürften u. a. unklare weltwirtschaftliche Perspektiven verantwortlich sein. So haben die Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise und insbesondere die Krise in Griechenland, aber auch die schwächere wirtschaftliche Entwicklung in wichtigen Schwellenländern die Investitionsbereitschaft gedämpft.

Vom Außenhandel gingen mit einem Wachstumsbeitrag von 0,2 %-Punkten ebenfalls kaum Wachstumsimpulse aus. Zwar stiegen die deutschen Exporte gestützt durch den rückläufigen Euro-Wechselkurs und die damit gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft kräftig. Gleichzeitig bewirkte die hohe Binnennachfrage aber auch einen starken Anstieg der Importe.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich auf hohem Niveau weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2015 einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren mehr als 43 Millionen Menschen erwerbstätig, 0,8 % mehr als im Jahr 2014.

Deutlich gestiegene Bruttolöhne und –gehälter haben bei einem neuen Rekordstand der Beschäftigung zu einem spürbaren Anstieg der Arbeitnehmerinkommen geführt. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm nach ersten Berechnungen im Jahr 2015 um 2,8 % zu. Im aktuellen Niedrigzinsumfeld schwinden gleichzeitig die Sparreize. Die privaten Haushalte nutzten vor diesem Hintergrund ihre Einkommenszuwächse auch im Jahr 2015 überwiegend für den Konsum. Entsprechend lag die Sparquote der privaten Haushalte trotz deutlicher Einkommenssteigerungen nur bei 9,7 % (2014 9,5 %). Das hat zunehmend negative Auswirkungen auf die Erreichbarkeit mittel- und langfristiger Sparziele, insbesondere im Bereich der privaten Altersvorsorge.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im Jahr 2015 weiter verlangsamt. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,3 %. Die Ursache für den sehr schwachen Preisanstieg war wie bereits in den Vorjahren erneut die Energiepreisentwicklung.

Nach einem bewegten Jahr kam der DAX 2015 auf ein Plus von knapp 10 %. Themen wie die Ankündigungen der geldpolitischen Lockerung durch die EZB prägten die Hausse am deutschen Aktienmarkt in den ersten Monaten des Jahrs. Mit dem Crash an den chinesischen Börsen folgte im Sommer die große Unsicherheit hinsichtlich des Zustands der Weltwirtschaft und mit ihr der Abverkauf hiesiger und internationaler Aktien. Ab Mitte September setzte wieder ein DAX-Aufwärtstrend ein, der Anfang Dezember abrupt endete. Die EZB hatte die hohen Erwartungen an die Ausweitung der ultralockeren Geldpolitik nicht ganz erfüllt. Zusätzlich hielten Fragen wie der VW-Skandal, die Ukraine-Krise oder auch der Flüchtlingsstrom die Anleger in Atem.

Die regionale Wirtschaft bewegte sich zum Jahresende 2015 auf einem hohen konjunkturellen Niveau. Fast 40 % der Unternehmen sehen sich in einer guten Verfassung, weitere 54 % sind zufrieden, nur wenige Betriebe halten ihre Geschäftslage für unbefriedigend. Diese positive Einschätzung erstreckt sich auf alle Branchen – mit Ausnahme von kleineren Einzelhandelsbetrieben, die oftmals unter strukturellen Problemen leiden.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die asynchrone Geldpolitik der führenden Notenbanken war im Jahr 2015 eines der herausragenden Themen an den Kapital- und Währungsmärkten. Während die EZB durch verschiedene Maßnahmenpakete ihre Geldpolitik im Jahresverlauf immer weiter lockerte, hat die US-amerikanische Notenbank im Dezember 2015 mit der ersten Leitzinserhöhung seit neun Jahren ihre geldpolitische Krisenpolitik beendet. Es bleibt abzuwarten, ob eine längere Phase divergierender geldpolitischer Ausrichtungen zu Verwerfungen an den Märkten führt.

Durch die Maßnahmen der EZB wurden die Erwartungen über den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der expansiven Geldpolitik im Euro-Raum sukzessive weiter in die Zukunft verschoben. Kritiker verweisen vor diesem Hintergrund auf die erheblichen Risiken einer Fortsetzung der Niedrigzinspolitik. So besteht die Gefahr, dass Investoren erhöhte Risiken in Kauf nehmen, ohne über ausreichend hohe Risikopuffer zu verfügen. Abrupte Veränderungen von Vermögenspreisen (wie z. B. das Platzen von Preisblasen an Wertpapier- und Immobilienmärkten) können in einem solchen Umfeld unmittelbar die Finanzstabilität gefährden. Die durch die EZB-Politik künstlich herbeigeführten günstigen Finanzierungsbedingungen schaffen in den Euro-Staaten zudem den Anreiz, notwendige Konsolidierungsschritte und Strukturreformen aufzuschieben.

Besonders Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind laut der Deutschen Bundesbank aufgrund ihres Geschäftsmodells von der Niedrigzinsphase betroffen. Bislang seien die Erträge noch stabil, es sei u. a. gelungen, die rückläufige Zinsspanne durch eine erhöhte Kreditvergabe zu kompensieren. Auch die Tendenz zu niedriger verzinsten Sichteinlagen habe diesen Effekt gestützt. Allerdings führe die Verringerung der Laufzeiten auf der Passivseite bei gleichzeitiger Verlängerung der Kreditlaufzeiten dazu, dass die Zinsänderungsrisiken zugenommen haben. Ein Großteil der Sparkassen und Genossenschaftsbanken erwarte laut einer Umfrage der Deutschen Bundesbank zu den Folgen der Niedrigzinspolitik einen erheblichen Rückgang der Zinsspanne bis 2019. Die Widerstandskraft der Sparkassen und Genossenschaftsbanken beurteilt die Bundesbank als noch ausreichend. Die Kernkapitalquote sei erhöht worden. Die weiteren Pläne zu einer Stärkung des Kernkapitals durch Einbehaltung von Gewinnen sieht die Bundesbank jedoch als zu optimistisch an. In diesem Zusammenhang warnt sie vor einer weiteren Auflösung stiller Reserven zur Gewinnglättung, da dies mittelfristig die Widerstandskraft der Institute schwäche.

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2015 eine Belebung des Kreditgeschäfts und erneut hohe Zuwächse bei den Kundeneinlagen.

Das Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2014 um 0,8 Mrd. Euro oder 0,7 %. Vor allem Kredite an Firmenkunden und private Wohnungsbaukredite erwiesen sich als Schwerpunkte der Kreditnachfrage. Demgegenüber blieben Konsumentenkredite und Kredite an öffentliche Haushalte hinter den Vorjahreswerten zurück. Die höheren privaten Konsumausgaben wurden bei gestiegenen Realeinkommen und niedriger Sparneigung zunehmend aus laufenden Einkommen und damit zu Lasten des Konsumentenkreditgeschäfts finanziert. Die weiterhin hohe Immobiliennachfrage in Verbindung mit dem historisch niedrigen Zinsniveau befeuerte gleichzeitig die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten bei den Sparkassen. Während die Bestandszuwächse im Kreditgeschäft in der Gesamtbetrachtung im längerfristigen Vergleich moderat ausfielen, wurden im Darlehensneugeschäft insgesamt sowie in den Teilsegmenten der Unternehmen und Privatpersonen sehr starke Zuwächse und jeweils neue historische Höchstwerte erzielt. Das florierende Neugeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen geht offenbar einher mit einem hohen Volumen an (Sonder-) Tilgungen und Umschuldungen, mit denen die Kreditnehmer eine Verringerung ihrer mittel- und langfristigen Kreditkosten anstrebten. Für die Tilgungen dürften in einem gewissen Umfang auch fällige Kundeneinlagen eingesetzt worden sein.

Auch im Jahr 2015 gab es ein stabiles Einlagenwachstum bei den rheinischen Sparkassen. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2014 um 2,3 Mrd. Euro oder 2,1 %. Die gravierenden Veränderungen in der Struktur der Kundeneinlagen setzten sich auch 2015 fort. Die Liquiditätspräferenz der Kunden ist ungebrochen hoch. Viele Kunden belassen fällige Beträge in den Sparkassen, parken diese jedoch in Anlageformen mit täglicher Verfügbarkeit. Im Ergebnis wurden starke Bestandsrückgänge bei Eigenemissionen und Termingeldern durch massive Zuwächse bei täglich fälligen Verbindlichkeiten überkompensiert. Der Block der Spareinlagen zeigte sich in seiner Gesamtheit demgegenüber wenig verändert. Zwischen den einzelnen Sparformen kam es jedoch zu deutlichen Verschiebungen zu Lasten der höher verzinsten Spareinlagen. Während die normal verzinsten Spareinlagen einen Zuwachs von 20 % verzeichneten, verringerte sich der Bestand der höher verzinsten Spareinlagen um 6,2 %.

Das Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen hat sich im Jahr 2015 wieder belebt. Der Wertpapierumsatz erreichte mit 18,5 Mrd. Euro (+9,7 %) den höchsten Wert seit 2011.

Die Geldvermögensbildung der Privatpersonen verstärkte sich deutlich. Im Jahr 2015 haben die inländischen Privatpersonen bei den rheinischen Sparkassen zusätzliches Geldvermögen im Volumen von 2,97 Mrd. Euro gebildet (2014: 1,99 Mrd. Euro). Einen höheren Wert hatte es zuletzt im Jahr 2001 gegeben. Neben geringfügigen Mittelzuflüssen bei bilanzneutralen Anlagen von 0,05 Mrd. Euro gab es im Jahr 2015 erhebliche Zuwächse in bilanzwirksamen Anlageformen in Höhe von 2,92 Mrd. Euro.

Seit dem Beitragsjahr 2015 wird die Bankenabgabe in Deutschland nach europäischen Vorgaben erhoben. Sie setzt sich aus zwei Komponenten – einem Sockelbeitrag und einer risikoadjustierten Beitragskomponente – zusammen. Auch aufgrund der differenzierten Betrachtung der Risikosituation eines Instituts werden sich die Meldedaten und die Berechnung der Jahresbeiträge im Vergleich zur bisherigen Bankenabgabe für den nationalen Restrukturierungsfonds verändern.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Stadt-Sparkasse Solingen zeigte im Jahr 2015 einen zufriedenstellenden Verlauf.

Bilanzwirksames Geschäft

Bilanzsumme

Das bilanzwirksame Geschäft wurde 2015 deutlich ausgeweitet. Die Bilanzsumme nahm um 124,6 Mio. Euro zu. Entsprechend dem öffentlichen Auftrag der Sparkassen dominiert das Kundengeschäft sowohl die Aktivseite der Bilanz (71,9 %) als auch die Passivseite (77,2 %).

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft der Stadt-Sparkasse Solingen hat 2015 wie schon in den Vorjahren von der andauernden Niedrigzinsphase profitiert. Die Sparkasse konnte die Kreditvergabe an Kunden – wie prognostiziert – ausweiten. Das Kreditvolumen nahm gegenüber 2014 um ca. 5,0 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung von dem Kreditgeschäft mit Privatpersonen und Unternehmen und Selbstständigen. Das Kreditvolumen der öffentlichen Haushalte war hingegen rückläufig (-5,2 %).

Bei den Krediten an Privatpersonen ergab sich ein differenziertes Bild. Einerseits war das Konsumentkreditgeschäft mit -11% entgegen den Erwartungen rückläufig. Darin spiegelt sich der Trend wider, dass Anschaffungen von Konsumgütern aufgrund der fehlenden Sparanreize vermehrt aus dem laufenden Einkommen und weniger auf Basis von Krediten finanziert werden. Andererseits konnte das Wohnungsbaukreditgeschäft aufgrund der günstigen Finanzierungsbedingungen mit 8,7 % nochmals deutlich ausgeweitet werden.

Auch die Firmenkunden der Stadt-Sparkasse Solingen haben die günstigen Finanzierungsbedingungen genutzt. Zwar waren kurzfristige Kredite erheblich rückläufig (-24,8 %), mittel- und langfristige Kreditvergaben für Investitionen verzeichneten hingegen deutliche Steigerungen (+8,9 % bzw. 9,0 %). Damit entspricht die Entwicklung des Kreditgeschäfts bei der Stadt-Sparkasse Solingen der Prognose.

Eigenanlagen

In 2015 waren sowohl die Anlagen in Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren als auch in Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren rückläufig (insgesamt ca. 31 Mio. Euro). Dabei fiel der Rückgang bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren prozentual stärker aus (-8,8 %) als bei den festverzinslichen Wertpapieren (-5,2 %). Unter Berücksichtigung von Verschiebungen zwischen Teilportfolien ist der Rückgang der gesamten Eigenanlagen auf die Ausweitung des Aktivgeschäfts mit Kunden sowie auf Bewertungsmaßnahmen zurückzuführen.

Wertpapiere von Emittenten wirtschaftsschwacher Euro-Staaten hielt die Stadt-Sparkasse Solingen ausschließlich über Spezialfonds in Höhe von 29,6 Mio. Euro.

Einen Überblick bietet die folgende Tabelle:

	Staatsanleihen	Anleihen von Kreditinstituten/ Unternehmen		davon: gesichert	Aktien	Summe
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Anzahl Schuldner	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Griechenland	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Irland	245,1	1.919,0	2	1.799,9	0,0	2.164,1
Italien	3.885,5	8.727,8	17	4.585,4	1.975,3	14.588,6
Portugal	0,0	98,2	1	0,0	0,0	98,2
Zypern	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Spanien	3.562,5	6.308,0	12	4.701,9	2.916,1	12.786,6
Insgesamt	7.693,1	17.053,0	32	11.087,2	4.891,4	29.637,5

Aufgrund des geringen Volumens und der breiten Streuung des Engagements sind hier keine erhöhten Risiken zu erkennen.

Einlagengeschäft

Trotz des weiterhin schwierigen Marktumfelds konnten die Kundeneinlagen entgegen den Erwartungen erneut durchaus nennenswert um 3,8 % (65 Mio. Euro) ausgeweitet werden. Getragen wird diese Steigerung insbesondere durch eine weitere Zunahme bei den täglich fälligen Einlagen (+86,8 Mio. Euro). Auch die Spareinlagen entwickelten sich in 2015 positiv (+53,3 Mio. Euro), wohingegen sie sich im Durchschnitt der rheinischen Sparkassen nur geringfügig erhöhten. Termingelder haben kaum noch eine Bedeutung. Durch Fälligkeiten im Jahresverlauf ist der Bestand an Eigenemissionen in 2015 erneut deutlich zurückgegangen (-57,6 Mio. Euro). Alles in allem besteht also vor dem Hintergrund des historisch niedrigen Zinsniveaus bei der Stadt-Sparkasse Solingen wie auch bei anderen Instituten weiterhin ein Trend zur Anlage in kurzfristig verfügbaren Anlageformen. Dies gilt sowohl für Firmen- als auch für Privatkunden. Privatkunden „parken“ ihre Gelder jedoch nicht mehr überwiegend als täglich fällige Sichteinlagen, sondern auch als normalverzinsten Spareinlagen.

Vorsorge

Aufgrund der insgesamt noch guten Ertragslage, die unter Punkt B.3.1 erläutert wird, konnte die Stadt-Sparkasse Solingen erneut Vorsorge für die besonderen Risiken im Bankgewerbe treffen.

	2015 Tsd. Euro	2014 Tsd. Euro	Veränderung in Tsd. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.276.259	2.151.634	124.625	5,8
Kreditgeschäft (insgesamt)	1.637.458	1.559.215	78.243	5,0
Eigenanlagen				
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	287.654	303.400	-15.746	-5,2
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	156.456	171.512	-15.056	-8,8
Einlagen von Kunden	1.758.063	1.692.919	65.144	3,8
- Spareinlagen	659.040	605.715	53.325	8,8
- Andere Verbindlichkeiten	1.099.023	1.087.204	11.819	1,1
Inhaberschuldverschreibungen	7.198	9.381	-2.183	-23,3
Sicherheitsrücklage (einschl. Bilanzgewinn)	146.006	143.597	2.409	1,7
Fonds f. allgemeine Bankrisiken (nach § 340g HGB) ²⁾	64.732	62.791	1.941	
¹⁾ einschl. Handelsbestand				
²⁾ davon Ansparung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA): insgesamt 8.500 Tsd. Euro (Vorjahr 7.300 Tsd. Euro)				

Nicht bilanzwirksames Kundengeschäft

Im Wertpapiergeschäft war aufgrund des in weiten Teilen erfolgreichen Börsenjahrs 2015 eine leichte Erholung zu verzeichnen. Der Wertpapierumsatz konnte um 2,1 % gesteigert werden. Erneut erheblichen Rückgängen bei festverzinslichen Wertpapieren (-27,4 %) standen deutliche Umsatzsteigerungen bei Aktien (+22 %) und Investmentfonds (+42,3 %) gegenüber.

Die prognostizierte leichte Ausweitung des Bauspargeschäfts konnte nicht realisiert werden. Der Absatz war um 2,3 % rückläufig (Bausparsumme – 1,1 Mio. Euro). Das Lebensversicherungsgeschäft hat sich hingegen erneut positiv entwickelt; der Absatz stieg um 13,2 %.

Nicht bilanzwirksames Eigengeschäft

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swapgeschäften abgeschlossen. Dabei wurde das Volumen in 2015 leicht verringert. Details zu Art und Umfang der Geschäfte können dem Anhang entnommen werden, Details zur Risikosteuerung dem Teil D des Lageberichts.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Stadt-Sparkasse Solingen war in 2015 insgesamt noch gut. Trotz des schwierigen Marktumfelds lag der Jahresüberschuss annähernd auf dem Niveau von 2014.

Das Zinsgeschäft stellt – gemessen am Anteil der Gesamterträge bestehend aus den GuV-Posten 1 bis 9 – mit 70,4 % die wichtigste Ertragsquelle der Stadt-Sparkasse Solingen dar. Das Zinsergebnis ist im Vergleich zum Jahr 2014 beinahe unverändert geblieben (+ 0,7 % oder 373 Tsd. Euro). Vor dem Hintergrund des fort-dauernd niedrigen Zinsniveaus sowie dem intensiven Wettbewerb ist dies ein positiverer Verlauf als erwartet. Dies ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass das Kreditgeschäft erneut ausgeweitet werden konnte, während der Zinsaufwand für Sparprodukte aufgrund des Marktumfelds weiter rückläufig war.

Das Provisionsergebnis hat einen Anteil von 22,3 % an den Gesamterträgen und bildet damit die zweite große Ertragsquelle der Stadt-Sparkasse Solingen. Das Provisionsergebnis konnte gegenüber 2014 deutlicher als erwartet um 12,5 % (2 Mio. Euro) gesteigert werden. Dies liegt insbesondere in dem wieder regeren Kundenwertpapiergeschäft und der positiven Entwicklung des Versicherungsgeschäfts begründet (Details dazu unter Punkt B.2). Darin spiegelt sich der Erfolg des bedarfsorientierten Beratungsprozesses unter Nutzung des Sparkassen-Finanzkonzepts wider.

Aufgrund des zum Jahresende erfolgten vollständigen Verkaufs des Handelsbestandes hat sich beim Nettoergebnis aus Handelsgeschäften ein geringer Verlust in Höhe von 30 Tsd. Euro ergeben. Im Vorjahr hatte hier die Auflösung eines Risikoabschlags noch den Ausweis eines deutlich positiven Ergebnisses ermöglicht.

Die Gesamterträge konnten 2015 um 3,1 Mio. Euro oder 4,0 % gegenüber 2014 gesteigert werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelpositionen zusammen. Beide Posten sind in 2015 gestiegen. Von besonderem Gewicht sind auf der Ertragsseite die Auflösung diverser Rückstellungen und auf der Aufwandsseite die Diskontierungseffekte aus Rückstellungen. Darüber hinaus gab es im Berichtsjahr 2015 keine nennenswerten Einzelpositionen.

Der Verwaltungsaufwand hat sich in 2015 um 6,1 Mio. Euro (+13,2 %) stärker als erwartet erhöht. Dies ist insbesondere auf die Kosten aus einer neuen betrieblichen Altersteilzeit-Regelung sowie tarifliche Gehaltssteigerungen zurück zu führen.

Aufgrund der zuvor beschriebenen Entwicklungen ist der betriebliche Aufwand (GuV-Posten 10-12) um ca. 6,5 Mio. Euro gestiegen. Trotz der im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Gesamterträge ist dadurch das Betriebsergebnis vor Bewertung um 3,4 Mio. Euro zurückgegangen (-13,1 %).

Wie im Vorjahr wurde zur Bewertung der Wertpapiere und Finanzinstrumente untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Bei inaktiven Märkten war die Ermittlung von indikativen Kursen notwendig, was – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten mit deutlich höheren Schätzungsunsicherheiten verbunden ist. Detaillierte Hinweise zu den Bewertungen sind dem Anhang zu entnehmen.

Das Berichtsjahr 2014 war durch ein positives Bewertungsergebnis gekennzeichnet. Im Vergleich dazu ergibt sich für 2015 absolut eine erhebliche Veränderung von -11,3 Mio. Euro. Mit einem Bewertungsergebnis von -7,6 Mio. Euro bewegt sich die Stadt-Sparkasse Solingen aber auf einem unkritischen Niveau. Dem positiven Ergebnis im Kreditbereich stand eine negative Entwicklung im Wertpapierbereich gegenüber.

Insgesamt war es möglich, für das Geschäftsjahr 2015 eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 1,9 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu treffen (davon Ansparrung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA) 1,2 Mio. Euro).

	GuV-Pos.	2015	2014	Veränderung	
		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
Zinsergebnis	1,2,3,4	56.901	56.528	373	0,7
Provisionsergebnis	5,6	18.000	16.006	1.994	12,5
Nettoergebnis aus Handelsgeschäften	7	-30	600	-630	
Sonstige betriebliche Erträge	8,9	5.975	4.599	1.376	29,9
Gesamterträge		80.846	77.733	3.113	4,0
Verwaltungsaufwand	10	52.231	46.140	6.091	13,2
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	11	1.733	1.727	6	0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12	4.256	3.832	424	11,1
Betriebsergebnis vor Bewertung		22.626	26.034	-3.408	-13,1
Bewertungsergebnis (saldiert)	13 – 16	-7.574	3.689	-11.263	
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	18	1.941	16.300	-14.359	
Steuern	23,24	9.102	9.394	-292	-3,1
Jahresüberschuss		4.009	4.029	-20	-0,5

	2015	2014
Kennziffer Aufwands/Ertragsrelation*	70,5	64,8
(Wert bereinigt um Sondereffekt im Rahmen der Steuerung von zinstragenden Positionen)	(69,2)	(62,8)

* Verwaltungsaufwand und AfA auf immat. Anlagewerte u. Sachanlagen in % zu (Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften + sonst. betriebliche Erträge - sonstige betriebliche Aufwendungen)

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Stadt-Sparkasse Solingen war im Jahr 2015 jederzeit gegeben. Liquiditätskredite bei Kreditinstituten wurden nur im Rahmen der täglichen Disposition bzw. im Liquiditätsmanagement unter Beachtung von kurzfristigen Wertpapierfälligkeiten in Anspruch genommen.

Gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) wird die Liquidität als ausreichend bewertet, wenn die in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüsse decken. Die so errechnete Liquiditätskennzahl muss mindestens 1,0 betragen. Diese Relation betrug zum Ende des Vorjahrs 2,50. Die Mindestkennzahl wurde weder im Laufe des Jahrs 2015 noch zum Bilanzstichtag (2,60) unterschritten. Damit überschreitet die Stadt-Sparkasse Solingen die geforderte Liquiditätskennzahl gem. LiqV weiterhin um mehr als 100 %.

Ergänzend ist seit dem 01.10.2015 die tägliche Einhaltung der kurzfristigen Liquiditätskennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) sicherzustellen. Die in 2015 gültige Mindestquote von 60 % wurde jederzeit eingehalten und betrug zum Jahresende 117 %.

3.3 Vermögenslage

Per 31.12.2015 betrug die Sicherheitsrücklage der Stadt-Sparkasse Solingen 142,0 Mio. Euro. Zudem wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken per 31.12.2015 um 1,9 Mio. Euro auf 64,7 Mio. Euro aufgestockt. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 4,0 Mio. Euro werden voraussichtlich 2,4 Mio. Euro der Sicherheitsrücklage nach den entsprechenden Beschlüssen zugeführt.

Seit dem 01.01.2014 gelten die Eigenmittelanforderungen der CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/ Capital Requirements Directive IV). Danach bilden die Gewinnrücklage sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken – unter Beachtung einiger Abzugspositionen – das harte Kernkapital. In Relation zu den Eigenmittelanforderungen gemäß CRR ergab sich per 31.12.2015 eine harte Kernkapitalquote von 16,0 %.

Zusammen mit dem Ergänzungskapital, das sich hauptsächlich aus nachrangigen Verbindlichkeiten und stillen Reserven bildet, errechnete sich zum 31.12.2015 eine Gesamtkapitalquote von 21,8 %. Im gesamten Geschäftsjahr lag diese in einer Bandbreite von 20,0 % bis 21,8 %; die Eigenkapitalanforderungen wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die Stadt-Sparkasse Solingen überschreitet deutlich den in der CRR vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %, wobei der Anteil des Kernkapitals mindestens 6,0 % betragen muss.

Die Bewertung der Aktiva und Passiva entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Alle Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Wertpapiere wurden, wie in den Vorjahren, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Es erfolgten keine Umwidmungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden.

Insgesamt stellt sich die Lage der Stadt-Sparkasse Solingen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung weiterhin noch gut dar.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Förderung gemeinnütziger/karitativer Einrichtungen und Projekte

Als Institute der Bürgerinnen und Bürger gestalten die Sparkassen das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und sozialen Balance in Deutschland. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen die Sparkassen dazu bei, die Lebensqualität in den Regionen zu steigern.

Verlässlich und beständig engagiert sich die Stadt-Sparkasse Solingen Jahr für Jahr für Sport und Kultur, für die Wirtschaft der Region und für soziale Projekte, denn ohne aktive Vereine, eine reichhaltige Kultur und eine gesunde Wirtschaftsstruktur geht der Zusammenhalt verloren. "Sparkasse. Gut für Solingen." lautet daher das Motto.

In 2015 wurden insgesamt rd. 843 Tsd. Euro (einschl. PS-Zweckertrag) für gemeinnützige Zwecke gespendet und weitere 1.600 Tsd. Euro (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) dem Träger für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt.

Die Sparkasse feierte ihr 175-jähriges Jubiläum

Die Stadt-Sparkasse Solingen beging in 2015 ihr 175-jähriges Jubiläum. Dieses wurde mit vielen Aktionen gebührend gefeiert. So schlüpfen beispielsweise fast doppelt so viele Auszubildende wie sonst in ihre „Rotmänner“ und bauten gegenüber von Schloss Burg ein neues Spielgelände. Auch in Erinnerung bleiben die zehn riesigen Sparschweine, die die Stadt-Sparkasse Solingen stiftete und die von Solinger Schulen fantasievoll gestaltet und am Weltspartag prämiert wurden.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt-Sparkasse Solingen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahrs 2015 nicht eingetreten.

D. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement und Risikocontrolling

Risikomanagementziele

Wichtigstes Ziel des Risikomanagements ist es, sicherzustellen, dass alle für die Stadt-Sparkasse Solingen wesentlichen Risiken durch die vorhandene Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Unter Beachtung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sollen dabei nur überschaubare Risiken eingegangen werden, ohne die sich bietenden Marktchancen auszulassen. Die Ziele für die einzelnen Risikoarten leiten sich dabei aus der festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie ab. Zur Zielerreichung setzt die Stadt-Sparkasse Solingen auf eine breite Diversifizierung der Anlagen und geschäftlichen Aktivitäten, die wiederum eine Steuerung und Risikomessung unterschiedlicher Kategorien erforderlich macht.

Risikomanagementsystem

Die Risikosteuerung wird durch den Vorstand vorgenommen. Basis hierfür ist vor allem das interne Berichtswesen aus der Abteilung Controlling. Hier werden die Risiken ermittelt und die Einhaltung von Limiten überwacht. Es werden im Sparkassenverbund entwickelte Modelle eingesetzt. Darüber hinaus sind Risikoidentifikation, -messung und -steuerung Prüffelder der Internen Revision.

Die vom Vorstand festgelegte Risikodeckungsmasse wird in Form von Risikolimiten auf einzelne Risikoarten budgetiert. Die ermittelten Risikowerte werden dem Risikolimit gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe der Risikodeckungsmasse begrenzt. Sie wird, ebenso wie das Risikodeckungspotential, laufend überprüft. Zur Steuerung der Risiken ist ein Reportingsystem installiert, auf dessen Basis der Vorstand regelmäßig unterrichtet wird. Ergänzt wird das regelmäßige Reporting durch eine Ad-hoc-Berichterstattung bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung. Auf Basis der Berichte sind fundierte Steuerungsmaßnahmen durch den Vorstand möglich. Der Vorstand erörtert vierteljährlich die Risikolage im Risikoausschuss.

Für die Messung von Adressenausfallrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken kommen verschiedene Methoden wie "Value-at-Risk-Ansatz", Expertenschätzung, Durchschnitts- und Höchstbetragsberechnungen zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Vermögenslage, die Ertragslage oder die Liquiditätslage beurteilt.

Weiterhin erfolgen Sensitivitätsanalysen, bei denen besonders starke Veränderungen unterstellt werden. Unabhängig davon werden mit separaten Stresstest-Berechnungen auch außergewöhnliche, aber plausible mögliche Ereignisse abgebildet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden auch derivative Finanzinstrumente eingesetzt (siehe Abschnitt „Zinsänderungsrisiken“). Einzelheiten zu den Geschäften sind im Anhang zum Jahresabschluss unter "Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten" aufgeführt.

Die eingerichteten Risikomanagementsysteme sind dem Profil und der Strategie der Stadt-Sparkasse Solingen angemessen.

Die Prozesse zur Risikosteuerung werden regelmäßig und anlassbezogen überprüft und gegebenenfalls angepasst, z.B. wenn sich Vorteile bei der Effizienz und/oder Effektivität ergeben.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko versteht die Stadt-Sparkasse Solingen das Risiko, dass eine natürliche oder juristische Person, gegenüber welcher die Sparkasse einen bedingten oder unbedingten Anspruch hat, nicht oder nicht fristgerecht leistet (z.B. Ausfall von Krediten). Ebenso beinhaltet es das Risiko, dass die Sparkasse gegenüber einem Dritten aufgrund des Ausfalls einer Person in Leistung treten muss (z. B. Avale oder Bürgschaften), sowie das finanzielle Risiko der Sparkasse in Bezug auf Beteiligungen und auch die Emittentenrisiken aus Eigenanlagen.

Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Als Basis für die Steuerung von Kreditrisiken nutzt die Stadt-Sparkasse Solingen seit dem Jahr 2002 das einheitliche Rating der Sparkassen-Finanzgruppe.

Firmenkunden werden grundsätzlich mit dem StandardRating oder dem KundenKompaktRating bewertet. Für Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren findet das ImmobiliengeschäftsRating Anwendung. Bei Privatkunden wird das KundenScoring eingesetzt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus externen Ratings und die Eingruppierung öffentlicher Stellen herangezogen. Die Rating-/Scoring-Einstufung ist weitgehend auch Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen, Kreditentscheidungskompetenzen, die Begrenzung von Blankokrediten einzelner Engagements bei Neugeschäftsentscheidungen und das Verfahren zur Risikofrüherkennung einschließlich WatchList.

Die folgenden Übersichten verdeutlichen die wesentlichen Strukturmerkmale der adressenrisikobehafteten Positionen (insbesondere Kreditgeschäft und Eigenanlagen):

1. Zusammensetzung des Kreditportfolios			
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern		Kreditvolumen 31.12.2015	
		in Mio. Euro	in %
Kredite an Privatpersonen		1.020	35,7
davon	KK-Kredite	116	4,1
	Kreditkarten	66	2,3
	Konsumentenkredite	26	0,9
	Wohnungsbaukredite	743	26,0
	sonstige Kredite	68	2,4
	Kommunalverbürgte Kredite	1	0,0
Kredite an Unternehmen / Selbständige		982	34,4
davon	KK-Kredite	124	4,3
	Kreditkarten	15	0,5
	Wohnungsbaukredite	421	14,8
	Wechsel, Avale	28	1,0
	sonstige Kredite	350	12,3
	kommunalverbürgte Kredite	44	1,5
Sonstige		16	0,5
Risikotragendes Kundenkreditvolumen		2.018	70,7
Kredite an öffentliche Haushalte		196	6,9
Forderungen an Banken und sonst. Nichtbanken		641	22,4
davon	Kredite an KI	91	3,2
	Wertpapiere	473	16,6
	Schuldscheinforderungen	30	1,0
	Anteilsbesitz / Beteiligungen	46	1,6
Kreditvolumen nach § 19 Abs. 1 KWG		2.855	100,0

Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2015

2. Darstellung der Branchenstruktur		
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern	31.12.2015	
	Gesamt- volumen (inkl. offe- ner Zusa- gen) in Mio. Euro	Anteil am Gesamt- volumen in %
Privatkunden	1.020	46,3
Summe Kredite an Unternehmen	982	44,6
Land- u. Forstwirtschaft	2	0,1
Energie- und Wasserversorgung	33	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	175	7,9
Baugewerbe	84	3,8
Kraftfahrzeughandel	18	0,8
Großhandel	29	1,3
Einzelhandel	57	2,6
Verkehr, Nachrichten	18	0,8
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	18	0,8
Gastgewerbe	14	0,6
Grundstücks- u. Wohnungswesen	217	9,9
Dienstl. für Unternehmen	58	2,7
Beratung, Planung, Sicherheit	126	5,7
Öff. u. private Dienstleistungen	26	1,2
Gesundheit und Soziales	97	4,4
Organ. ohne Erwerbszwecke	10	0,4
Bauträger	1	0,1
Öffentliche Haushalte	196	8,9
Sonstige (Sammel-Hauptwirtschaftszweige)	5	0,2
Gesamt	2.203	100,0

Datenbasis: Gesamttrisikobericht 31.12.2015

3. Darstellung des Kreditbestands nach Ratingklassen ohne Wertpapiere und Beteiligungen

Zuordnung nach Einzelkreditnehmern		31.12.2015	
		Gesamtvolumen (inkl. offener Zusagen) in Mio. Euro	Anteil am Gesamtvolumen in %
erste Adresse	1AAAA	195	8,9
	1AAA	13	0,6
	1AA	440	19,9
	1A	391	17,7
	2	123	5,6
	3	149	6,8
	Gesamt	1.312	59,5
gute Bonität	4	141	6,4
	5	126	5,7
	Gesamt	267	12,1
Normaladresse	6	165	7,5
	7	103	4,7
	8	69	3,1
	Gesamt	337	15,3
erhöhtes Risiko	9	59	2,7
	10	41	1,8
	11	27	1,2
	Gesamt	127	5,7
Risikokunden	12	15	0,7
	13	32	1,4
	14	8	0,4
	15	15	0,7
	15(B)	1	0,1
	15(C)	2	0,1
	Gesamt	74	3,3
Ausfallkunden	16	4	0,2
	17	13	0,6
	18	18	0,8
	Gesamt	34	1,6
Ratinglücke		56	2,5
Gesamt:		2.207	100,0

Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2015

4. Darstellung der Eigenhandelsstruktur nach Risikoklassen			
Buchwerte		31.12.2015	
		in Mio. Euro	in %
Handelsbestand gesamt		0	0,0
Aktien, Aktienfonds (inkl. Durchschau Spezialfonds)		33	7,0
	davon Rohstoffe	0	0,0
Festverzinsliche Wertpapiere (inkl. Durchschau Spezialfonds)	Rating AAA bis A-	260	55,3
	Rating BBB+ bis BBB-	127	27,0
	Rating BB+ bis B-	19	4,0
	Rating CCC-D	0	0,1
	ohne Rating S&P oder Moody's	5	1,1
	Eigenbestand IHS (ohne Rating)	0	0,1
	Summe	412	87,4
	davon Non-Investment-Grade	19	4,0
	davon öffentliche Haushalte	62	13,1
	davon gedeckte Schuldversch.	73	15,5
Offene Immobilienfonds (inkl. BGV*)		11	2,3
Tages- / Termingelder Spezialfonds		4	0,8
Sonstige		12	2,5
Wertpapierbestand insgesamt		471	100,0
nachrichtlich:			
Kurswert** Publikumsfonds insgesamt		20	4,3
Kurswert** größte Einzelposition Publikumsfonds		5	1,1

*BGV = BGV Bayerische Grundvermögen AG. ** Dirty Value

Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2015

Veränderungen der Risikolage werden vierteljährlich in Berichtsform zusammengefasst und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben.

Schwerpunktmäßig kommen die Ausleihungen der Stadt-Sparkasse Solingen nach wie vor dem örtlichen Mittelstand zugute; dabei stellt sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes im Verbandsvergleich überdurchschnittlich dar. Gleichwohl sind erhöhte Risiken aus der Struktur der Ausleihungen im abgelaufenen Jahr nicht erkennbar geworden. Kreditsicherheiten werden zur Reduzierung der Ausfallrisiken im notwendigen Umfang hereingenommen.

Um eine frühzeitige Steuerung des Adressenrisikos vornehmen zu können, hat die Stadt-Sparkasse Solingen das „OSPlus-Frühwarnsystem“ implementiert. Auf Basis der in diesem System festgelegten quantitativen und qualitativen Faktoren ist eine Früherkennung von Kreditrisiken noch besser möglich.

Der Betrag der Neubildungen von Einzelwertberichtigungen liegt weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Im mehrjährigen Vergleich zeigen die konstant niedrigen Direktabschreibungen sowie die Entwicklung von Netto- und Bruttozuführungen zu Wertberichtigungen eine insgesamt stabile Risikolage. Daher konnten die bestehenden internen Limite im Vergleich zum Vorjahr beibehalten werden.

Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Beteiligungen wird deren Risiko vierteljährlich pauschal ermittelt. Im Hinblick auf die unverändert angespannte Situation einiger Landesbanken wird dem Beteiligungsrisiko aus Verbundbeteiligungen in der Risikotragfähigkeitsberechnung ein hohes Gewicht beigemessen. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Der Risikolage wird durch die Einrechnung hoher Abschläge auf die Beteiligungswerte bei der Tragfähigkeitsbetrachtung entsprochen. Aufgrund des geringen Umfangs der Beteiligungen ist zu erwarten, dass sich die Risiken im Vergleich zum Vorjahr nicht ungünstiger entwickeln.

Marktpreisrisiken

Die Stadt-Sparkasse Solingen definiert Marktpreisrisiken als die Gefahr negativer Preis- und Kursveränderungen von Aktien, Anleihen, Fonds und Währungen aufgrund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten.

Zinsänderungsrisiken

Für die passive Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos werden monatlich nahezu alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht unter Einbeziehung zinssichernder Swappeschäfte abgebildet, per Jahresende in einem Umfang von insgesamt 190,0 Mio. Euro. Für Produkte mit optionalen Bestandteilen sowie mit unbestimmten Zinsbindungen wurden entsprechende Annahmen getroffen. Zusätzlich werden vierteljährlich anhand von Szenarioberechnungen die Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Ertragslage (Zinsspannenrisiko) berechnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert das Zinsänderungsrisiko konsequent passiv mit Ausrichtung an einer geeigneten Benchmark mit moderater Fristentransformation. Die Risikoausprägung im Bereich der Zinsänderungsrisiken ist tendenziell durchschnittlich.

Kursrisiken

Die tägliche Berichterstattung erstreckt sich auf die mit Kursrisiken behafteten Handelsgeschäfte, die relevanten Limite und deren aktuellen Auslastungen. Darüber hinaus enthält der Bericht das täglich ermittelte Ergebnis (Handelsergebnis) in Form von kumuliert dargestellten Jahresergebnissen sowie die Bewertung der mit Kursrisiken behafteten Positionen und Swappeschäfte.

Über die ermittelten Kursrisiken aus Handelsgeschäften wird ein vierteljährlicher Gesamtrisikobericht erstellt und der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. Dieser Bericht enthält einen Überblick über die Risiko- und Ergebnisentwicklung.

Die bei der Bemessung der Kursrisiken in den letzten Jahren aufgetretenen Bewertungsschwankungen sind in erster Linie auf die konsequente Anwendung des strengen Niederstwertprinzips zurückzuführen. Der Schwerpunkt der ermittelten Risiken lag im Bereich der (Spezial-)Fonds. Die Risikowerte bewegten sich 2015 im Rahmen der festgelegten Limite.

Währungsrisiken

Durch eingerichtete Materialitäts- und Volumenschwellen werden Währungsrisiken auf einen für die Risikosteuerung zu vernachlässigenden Betrag eingegrenzt.

Fazit

Aus den aufgeführten Marktpreisrisiken sind keine Belastungen zu erwarten, die die Risikotragfähigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen gefährden könnten. Insofern ist von einer im Wesentlichen gleichbleibenden Risikolage auszugehen. Diese Annahme wurde in den Vorjahren durch das jederzeitige Einhalten der Risikotragfähigkeit uneingeschränkt bestätigt.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiko versteht die Stadt-Sparkasse Solingen die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass benötigte Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschafft oder angelegt werden können. Die Liquiditätsrisiken werden in Zahlungsunfähigkeitsrisiken und Refinanzierungskostenrisiken unterschieden.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht zeitnah nachgekommen werden kann. Das Refinanzierungskostenrisiko ist als die Gefahr definiert, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Im Gegensatz zum Zahlungsunfähigkeitsrisiko, welches aufgrund seiner besonderen Eigenart nicht sinnvoll mit ökonomischem Kapital unterlegt werden kann, wird das Refinanzierungskostenrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung begrenzt und gesteuert. Die Einbindung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos in die Risikosteuerungsprozesse erfolgt in einem zweiten Steuerungskreis (anhand einer Liquiditätsablaufbilanz), bei der die Auswirkungen eines möglichen, verstärkten Mittelabflusses analysiert werden.

Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über eine einwandfreie Bonität, die Liquiditätsbeschaffung konnte jederzeit im erforderlichen Umfang über die Sparkassen-Finanzgruppe sowie den Geld- und Kapitalmarkt problemlos vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des Wertpapierbestands kurzfristig beleihbar.

Liquiditätsengpässe waren in der Vergangenheit nicht feststellbar und werden auch künftig nicht erwartet. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt. Das Management operationeller Risiken ist Teil der Risikostrategie der Stadt-Sparkasse Solingen. Allgemeines Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen operationelle Risiken auf ein Minimum zu beschränken. Zur Messung und Steuerung wird sowohl eine Vergangenheitsauswertung, als auch eine in die Zukunft gerichtete Betrachtung vorgenommen. Die jeweils im Vorjahr aufgetretenen Schadensfälle werden anonymisiert an eine zentrale Schadensfalldatenbank gemeldet. Die statistische Auswertung aller zurückgespielten bundesweit gesammelten Schadensfälle ermöglicht eine Standortbestimmung im Vergleich zu den anderen Sparkassen. Für die bisherigen Vergleichszeiträume weist die Stadt-Sparkasse Solingen eine - gemessen an der Bilanzsumme - mittlere Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe auf.

Aufgrund der Vielschichtigkeit von operationellen Risiken existieren in der Stadt-Sparkasse Solingen Regelungen und Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken existieren entsprechende Notfallsysteme, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner werden operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Abwendung von Rechtsrisiken werden aktuelle Vertragsdrucke des Deutschen Sparkassen Verlags genutzt und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen die eigene Fachabteilung eingebunden. Im Bedarfsfall wird zusätzlich eine externe Rechtsberatung hinzugezogen. Die Gesamtverantwortung für die Steuerung, Überwachung und Kontrolle operationeller (wie auch der übrigen) Risiken obliegt dem Vorstand.

Seit Jahren sind keine gravierenden Schäden durch schlagend gewordene operationelle Risiken aufgetreten. Der tatsächliche Aufwand lag 2015 leicht oberhalb der in der Risikostrategie festgelegten Schadensgrenze von durchschnittlich 500 Tsd. Euro p. a., in der Hauptsache als Folge der aktuellen Rechtsprechung zur Bearbeitungsgebühr bei Darlehen. Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen gebildet.

Für die operationellen Risiken ist bei unveränderter Rechtslage in Zukunft wieder ein Wert zu erwarten, der innerhalb des Erwartungswerts liegt.

Sonstige Risiken

Hier sind die Risiken im Zusammenhang mit der EAA zu nennen. Diesem Risiko wird im Rahmen des RSGV-Ansparmmodells durch ausreichende Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken Rechnung getragen. Darüber hinaus sieht die Stadt-Sparkasse Solingen aufgrund des vorhandenen Risikodeckungspotenzials auch für den eventuell notwendigen Fall der Bildung einer entsprechenden Rückstellung keine untragbare Belastung für ihre Risikotragfähigkeit. Die Einzelheiten zu den ergriffenen Maßnahmen sind im Teil E (Prognosebericht) beschrieben.

Gesamtrisikosituation

Das Gesamtbankrisiko war durch die vorhandene Risikodeckungsmasse jederzeit ausreichend abgesichert. Bei einer Gesamtkapitalquote nach CRR von 21,8 % per 31.12.2015 wird der vorgeschriebene Mindestwert von 8,0 % deutlich überschritten. Damit sind auch zukünftig Geschäftsausweitungen möglich. Die Auslastung der Risikolimiten lag während des Geschäftsjahrs deutlich unterhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert ihre Risiken in einer dem Geschäftsumfang und der Risikointensität angemessenen Weise. Die Risikolage ist als ausgewogen zu beurteilen.

E. Prognosebericht

Die folgenden Ausführungen erstrecken sich auf einen Prognosezeitraum von einem Jahr. Grundlage der Einschätzungen sind die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Ob die tatsächliche Entwicklung den Erwartungen entspricht, wird - außer von den üblichen Prognoseunsicherheiten - in naher Zukunft besonders durch die politischen Unsicherheiten beeinflusst. Hier sind vor allem die weiteren Entwicklungen im Euroraum, die Flüchtlingssituation und die Terrorgefahr zu nennen. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen präsentieren sich zu Jahresbeginn uneinheitlich. Die Daten des vergangenen Jahrs zeigen für Deutschland zunächst eine durchaus positive Ausgangslage. Viele Rahmenbedingungen haben sich jedoch bereits im Jahresverlauf 2015 verschlechtert. Zum einen wird der massive Rückgang der Ölpreise inzwischen in seinen Auswirkungen auf die Weltkonjunktur negativer als noch zuvor beurteilt. Zum anderen sind die politischen Risiken (inkl. Terrorgefahr) größer geworden, was zu einer steigenden Unsicherheit geführt hat. Des Weiteren hat sich das Wachstum in China und in anderen Schwellenländern deutlich verlangsamt. Deutlich zeigt sich das an der Entwicklung der Aktienmärkte, die gegenüber ihren Höchstständen im Frühsommer 2015 deutlich gesunken sind: in Deutschland (DAX) um rund ein Viertel, in China (Shanghai Composite) sogar um fast die Hälfte. Auch die Zahlen zur Entwicklung des Welthandels alarmieren. Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über Instrumente und Prozesse, um den Einfluss möglicher Entwicklungen auf die eigenen Planwerte zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen (s. Teil D „Chancen- und Risikobericht“).

Gemäß der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute und der Deutschen Bundesbank wird trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein Wirtschaftswachstum etwa auf dem Niveau von 2015 erwartet. Als Stütze des Wachstums dürften sich erneut die Konsumausgaben erweisen. Die Wachstumsimpulse des privaten Konsums könnten wegen des Auslaufens zuvor stimulierend wirkender Faktoren (z. B. Einmaleffekte aus der Einführung des Mindestlohns, kein weiterer starker Rückgang der Ölpreise) etwas nachlassen. Gleichwohl dürfte der private Konsum durch eine weitere Zunahme der verfügbaren Einkommen bei weiterhin nur geringen Sparanreizen weiter auf hohem Niveau liegen. Gleichzeitig dürfte der staatliche Konsum noch stärker an Bedeutung gewinnen. So ist zu erwarten, dass die Personal- und Sachkosten zur Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu erheblichen Mehrausgaben auf allen staatlichen Ebenen führen werden. Von den Investitionen sind demgegenüber zunächst keine größeren Wachstumsimpulse zu erwarten. Bei normal ausgelasteten Produktionskapazitäten der Industrie besteht aktuell kein Anlass für Erweiterungsinvestitionen. Die gute finanzielle Lage der Unternehmen und die nach wie vor äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen dürften zunächst vor allem für Ersatz- und Modernisierungsvorhaben genutzt werden. Die deutsche Exportwirtschaft sollte von dem stimulierenden Effekt der Abwertung des Euro noch einige Zeit profitieren können. Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum und in wichtigen außereuropäischen Industriestaaten weiter fortsetzt, so dass die Deutsche Bundesbank erwartet, dass die Ausfuhren in 2016 wieder Fahrt aufnehmen.

Die bergische Wirtschaft bleibt für die Zukunft durchaus optimistisch. Die lokalen Unternehmen rechnen für 2016 mit weiteren Umsatzsteigerungen und einer Stabilisierung der Betriebsergebnisse, die zuletzt unter Druck geraten waren. Insofern dürfte auch die Investitionstätigkeit weiter steigen. Es ist davon auszugehen, dass das gewerbliche Kreditgeschäft der Stadt-Sparkasse Solingen hiervon profitieren kann, wenngleich der Umfang der Ausweitung des Firmenkundenkreditgeschäfts durch politische und wirtschaftliche Unsicherheiten nicht genau abgeschätzt werden kann.

Für das Kreditvolumen gegenüber den öffentlichen Haushalten geht die Sparkasse von einem in 2016 nahezu gleichbleibenden Bestand aus.

Im Konsumentenkreditgeschäft ist auf Gesamtmarktebene mit einer Stagnation zu rechnen. Da für 2016 erneut ein spürbarer Einkommenszuwachs erwartet wird und gleichzeitig angesichts des weiterhin niedrigen Zinsniveaus mit keiner nennenswerten Steigerung der Sparquote zu rechnen ist, werden die wahrscheinlich nochmals zunehmenden Konsumausgaben zu großen Teilen aus laufenden Einkommen und weniger über Kredite bestritten werden. Dennoch geht die Stadt-Sparkasse Solingen davon aus, aufgrund ihrer Marktpositionierung eine leichte Belebung im Konsumentenkreditgeschäft erzielen zu können. Noch positiver stellt sich das Bild im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft dar. Aufgrund der nach wie vor günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für Erwerber rechnet die Sparkasse damit, dass es im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft zu einem moderaten Wachstum kommt. Insgesamt rechnet die Stadt-Sparkasse Solingen mit einer deutlichen Ausweitung des Kreditvolumens, die abhängig von der Kreditnachfrage der Unternehmen und der Dynamik des Wohnungsbaukreditgeschäfts auch geringer ausfallen kann.

Vor dem Hintergrund eines gleichbleibend niedrigen Zinsniveaus und den damit verbundenen geringen Sparanreizen erwartet die Sparkasse einen insgesamt eher rückläufigen Bestand an Kundeneinlagen, innerhalb dessen sich der bereits seit längerem andauernde Trend zur Umschichtung der Gelder in liquide Anlageformen auch 2016 fortsetzen wird. Sollten sich die Aktienmärkte wieder stabilisieren, ist es möglich, dass in nennenswertem Umfang Umschichtungen der bilanzwirksamen Anlagen in Wertpapiere erfolgen.

Im Wertpapiergeschäft ist auch 2016 davon auszugehen, dass mittel- und längerfristige Engagements in festverzinslichen Wertpapieren aufgrund der zurzeit niedrigen Renditen wenig attraktiv erscheinen. Weiterhin stellt die Anlage in Fonds eine für langfristige Anlagen attraktive Anlageform für Kunden dar, so dass hier noch deutliche Potenziale gesehen werden. Die jüngsten Verwerfungen an den Aktienmärkten verunsichern jedoch viele Privatanleger, so dass es unklar ist, ob sich die in 2015 begonnene Belebung des Wertpapiergeschäfts in diesem Umfang fortsetzen wird.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen, insbesondere das dauerhaft niedrige Zinsniveau und die unvermindert starke Konkurrenzsituation, erschweren es in immer stärkerem Maße, ausreichende Margen zu erzielen. Insofern erwartet die Sparkasse für 2016 einen leicht rückläufigen Zinsüberschuss. In den folgenden Jahren ist damit zu rechnen, dass die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Ertragslage der Sparkasse noch spürbar zunehmen.

Im Zusammenhang mit der prognostizierten positiven Entwicklung im Wohnungsbaukreditgeschäft sieht die Sparkasse noch Potenzial für eine Ausweitung des Bauspargeschäfts. Ebenso ist im Lebens- und Rentenversicherungsgeschäft noch ein nennenswerter Zuwachs möglich, da zunehmend realisiert wird, dass eine private Altersvorsorge unabdingbar ist. Insgesamt wird, abhängig vom Umfang des Wertpapiergeschäfts und einer möglichen Ausweitung des Vermittlungsgeschäfts, eine leichte Erhöhung des Provisionsergebnisses erwartet.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich 2016 voraussichtlich moderat erhöhen. Der Umfang der Erhöhung hängt unter anderem von den Ergebnissen der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst ab.

Insgesamt erwartet die Stadt-Sparkasse Solingen für 2016 eine stabile Geschäftsentwicklung, wenn auch angesichts der rückläufigen Zinsspanne mit einem geringeren Jahresergebnis gerechnet werden muss. Trotzdem soll auch in Zukunft die Risikovorsorge gestärkt werden. Dies ist zum einen vor dem Hintergrund der Haftungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der EAA notwendig (siehe dazu auch folgender Abschnitt zu den aus der Bilanz nicht ersichtlichen finanziellen Verpflichtungen). Zum anderen soll weiterhin das haftende Eigenkapital vor dem Hintergrund der neuen Eigenkapitalvorschriften nach Basel III gestärkt werden.

Die Vermögenslage der Stadt-Sparkasse Solingen wird für die Zukunft als unverändert gut eingeschätzt. Hinsichtlich der per 01.01.2014 in Kraft getretenen Vorschriften der CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/Capital Requirements Directive IV) bleibt die Mindestkapitalquote von 8 % bestehen – wobei der Anteil des Kernkapitals 2016 mindestens 6 % betragen muss; hinzu kommt ein ab 2016 bis 2019 jährlich ratierlich auf 2,5 % ansteigender Kapitalerhaltungspuffer, der nur aus Kernkapital gebildet werden kann. Schon mit Einführung der Neuregelungen erfüllt die Stadt-Sparkasse Solingen die Eigenkapitalanforderungen deutlich über die Mindestanforderungen hinaus.

Da die Sparkasse insgesamt mit einer unverändert guten Finanzlage rechnet, sieht sie sich auch in Zukunft in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und die gesetzlich geforderten Kennzahlen zu erfüllen.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2015 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (1,6074 %). Zum 31.12.2015 beträgt unsere Beteiligungsquote 1,3912 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 8,5 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2015 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Solingen, im April 2016

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Tangemann

Bericht des Verwaltungsrates

Der Rat der Stadt Solingen hat in seiner Sitzung am 27. August 2015 den Sparkassenorganen Entlastung für das Geschäftsjahr 2014 erteilt.

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2015 zu fünf Sitzungen zusammen, in denen er Berichte des Vorstandes über die Wirtschafts- und Geschäftslage entgegennahm, Fragen der Geschäftspolitik erörterte und die erforderlichen Beschlüsse fasste.

Der Jahresabschluss 2015 und der Lagebericht wurden von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt und damit testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2015 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2015 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 4.009.170,54 Euro erfolgt nach § 25 SpkG NRW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NRW der Vertretung des Trägers vor, einen Betrag von 2.409.170,54 Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Darüber hinaus schlägt der Verwaltungsrat vor, einen Betrag von 1.200.000,00 Euro unmittelbar dem Träger zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW zu verwenden.

Weiter schlägt der Verwaltungsrat vor, auf die Zuführung des restlichen Betrages von 400.000,00 Euro an den Träger mit der Maßgabe zu verzichten, dass der Verwaltungsrat selbst diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW unmittelbar Dritten zur Erfüllung gemeinwohlorientierter örtlicher Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zuführt und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt, beschränkt.

Solingen, 20. Juni 2016

Verwaltungsrat

Kurzbach, Vorsitzender

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015

der Stadt-Sparkasse Solingen

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

	Euro	Euro	Euro	31.12.2014 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		11.946.467,34		12.774
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>79.146.780,20</u>		<u>4.156</u>
			91.093.247,54	16.930
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		12.171.127,37		4.289
b) andere Forderungen		<u>26.296.975,55</u>		<u>27.214</u>
			38.468.102,92	31.502
4. Forderungen an Kunden			1.637.458.411,29	1.559.215
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	944.062.945,16 Euro			(884.526)
Kommunalkredite	<u>184.471.144,19 Euro</u>			<u>(193.429)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	49.356.376,95			30.104
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>49.356.376,95 Euro</u>			<u>(30.104)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>237.815.594,72</u>		<u>272.792</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	228.977.993,36 Euro		287.171.971,67	302.897
				(259.261)
c) eigene Schuldverschreibungen				504
Nennbetrag	468.000,00 Euro		<u>481.841,62</u>	<u>(481)</u>
			287.653.813,29	303.400
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			156.456.483,91	171.512
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			31.532.696,86	33.305
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
9. Treuhandvermögen			1.304.213,71	2.113
darunter:				
Treuhandkredite	1.304.213,71 Euro			(2.113)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>73.628,00</u>		<u>84</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			73.628,00	84
12. Sachanlagen			16.532.846,00	17.303
13. Sonstige Vermögensgegenstände			15.437.915,62	15.881
14. Rechnungsabgrenzungsposten			247.596,97	389
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			2.276.258.956,11	2.151.634

Passivseite

31.12.2014
Tsd. EUR

	Euro	Euro	Euro	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		719.886,63		1.916
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>260.088.355,67</u>		<u>205.442</u>
			<u>260.808.242,30</u>	<u>207.358</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	560.482.379,88			571.277
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>98.557.799,63</u>			<u>34.439</u>
		<u>659.040.179,51</u>		<u>605.715</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.009.166.320,16			922.321
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>89.856.199,68</u>			<u>164.883</u>
		<u>1.099.022.519,84</u>	<u>1.758.062.699,35</u>	<u>1.692.919</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>7.197.760,52</u>		9.381
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			<u>7.197.760,52</u>	<u>9.381</u>
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.304.213,71	2.113
darunter:				
Treuhandkredite	1.304.213,71 Euro			(2.113)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			5.118.656,65	3.743
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.992.233,02	2.442
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		17.715.678,00		14.713
b) Steuerrückstellungen		<u>980.100,00</u>		<u>1.401</u>
c) andere Rückstellungen		<u>10.971.695,02</u>		<u>9.520</u>
			<u>29.667.473,02</u>	<u>25.633</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
10. Genussschaftskapital			1.368.971,00	1.656
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	572.792,00 Euro			(578)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			64.732.284,00	62.791
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	490.800,00 Euro			(491)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	141.997.252,00			139.568
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		<u>141.997.252,00</u>		<u>139.568</u>
d) Bilanzgewinn		<u>4.009.170,54</u>	<u>146.006.422,54</u>	<u>4.029</u>
				<u>143.597</u>

Summe der Passiva

2.276.258.956,11

2.151.634

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>23.750.532,25</u>		<u>22.248</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>23.750.532,25</u>	<u>22.248</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>114.156.563,41</u>		<u>115.938</u>
			<u>114.156.563,41</u>	<u>115.938</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2014 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>59.690.812,20</u>			<u>62.354</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>0,70</u> Euro			<u>(0)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>5.131.127,74</u>			<u>6.504</u>
		<u>64.821.939,94</u>		<u>68.858</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>14.443.506,46</u>		<u>18.792</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>13.131,79</u> Euro			<u>(14)</u>
			<u>50.378.433,48</u>	<u>50.066</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>5.528.299,58</u>		<u>5.603</u>
b) Beteiligungen		<u>994.560,63</u>		<u>859</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>6.522.860,21</u>	<u>6.462</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>18.890.255,77</u>		<u>16.829</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>889.831,67</u>		<u>823</u>
			<u>18.000.424,10</u>	<u>16.006</u>
7. Nettoaufwand (Vorjahr Nettoertrag) des Handelsbestands			<u>30.347,15</u>	<u>600</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>5.974.939,66</u>	<u>4.599</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>882.917,98</u> Euro			<u>(685)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>-</u> Euro			<u>(1)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-</u>	<u>-</u>
			<u>80.846.310,30</u>	<u>77.733</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>30.722.178,52</u>			<u>27.169</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>8.676.474,56</u>			<u>7.509</u>
darunter: für Alters-versorgung	<u>3.599.500,62</u> Euro		<u>39.398.653,08</u>	<u>34.678</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>12.832.454,23</u>		<u>(2.660)</u>
			<u>52.231.107,31</u>	<u>11.462</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>1.732.565,58</u>	<u>1.727</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>4.256.460,89</u>	<u>3.832</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>4.080,45</u> Euro			<u>(2)</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>2.267.099,02</u> Euro			<u>(1.282)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>5.813.668,49</u>		<u>-</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>-</u>		<u>3.776</u>
			<u>5.813.668,49</u>	<u>3.776</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>1.759.629,18</u>		<u>87</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>1.759.629,18</u>	<u>87</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>-</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>1.941.484,00</u>	<u>16.300</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>13.111.394,85</u>	<u>13.423</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>-</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>8.843.088,59</u>		<u>9.134</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>259.135,72</u>		<u>260</u>
			<u>9.102.224,31</u>	<u>9.394</u>
25. Jahresüberschuss			<u>4.009.170,54</u>	<u>4.029</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-</u>	<u>-</u>
			<u>4.009.170,54</u>	<u>4.029</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>-</u>	<u>-</u>
			<u>4.009.170,54</u>	<u>4.029</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>4.009.170,54</u>	<u>4.029</u>

Anhang zum Jahresabschluss 2015

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2015 wie folgt geändert:
Die Bewertung der Rückstellungen für Passivprodukte, z. B. aufgrund von während der Vertragslaufzeit steigenden Prämienansprüchen bei Ratensparverträgen, erfolgte im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 erstmals auf Basis einer effektivzinskonstanten Verteilung der Aufwendungen. Durch diese Änderung der Bewertungsmethode wird ein verbesserter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse gegeben. Im Vergleich zu der bisherigen Bewertungsmethode haben sich die Rückstellungen geringfügig erhöht. Der Zinsüberschuss hat sich in entsprechendem Umfang vermindert.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und Namensschuldverschreibungen haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen; sie werden planmäßig auf die Zinsbindungsdauer bzw. die Laufzeit, dann max. fünf Jahre, verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Zusätzlich haben wir Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute getroffen.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen), wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind ausschließlich Bestandteile von Spezialfonds. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Gesetzliche Restriktionen bei der Anteilsrücknahme beeinflussen den beizulegenden Wert bei Anteilen an offenen Immobilienfonds. Bei börsengehandelten offenen Immobilienfonds wurde der Börsenpreis angesetzt; bei nicht börsengehandelten offenen Immobilienfonds (Spezialsondervermögen) wurde unter Berücksichtigung der besonderen Vertragsbedingungen zur Anteilsrücknahme - sofern erforderlich - ein Abschlag auf den Rücknahmepreis vorgenommen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands werden im außerbörslichen Interbankenhandel erworben. Das Emissionsvolumen dieser Wertpapiere wird in der Regel bei wenigen institutionellen Anlegern platziert. Für diese Wertpapiere haben wir die von den Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet.

Bei zwei Kapitalmarktfloatern, die als strukturierte Finanzinstrumente nach IDW RS HFA 22 zu beurteilen sind, haben wir die indikativen Kurse durch modellbasierte Bewertungen mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell) plausibilisiert.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete Swap-Kurve; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Thomson Reuters, schwerpunktmäßig rating- und laufzeitorientiert, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder sowie voraussichtlich vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt nicht auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 (Ertragswertverfahren), da die Art bzw. der betragsliche Umfang unserer Beteiligungen dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen, die nach Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro bzw. bei Software bis 410 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird. Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Bonuszahlungen für Sparverträge sowie auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit Gehaltszahlungen. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet.

Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunkts der Änderungen des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurden dem Sonderposten gemäß § 340g HGB neue Mittel zugeführt.

4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 "Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)" nach der Barwertmethode bewertet. Dieses Bankbuch umfasst alle Kunden-, Eigenanlage- und zur Zinsbuchsteuerung abgeschlossene Zinsswapgeschäfte mit vergleichbarer maximaler Zinsbindungsdauer. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Derivate, die nicht in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen wurden, halten wir nicht.

Strukturierte Produkte wurden einheitlich bilanziert und verbunden bewertet. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

6. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften sowie Überschussguthaben bei der Bundesbank wurden im Zinsertrag ausgewiesen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen wurden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

7. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Die Aufwendungen und Erträge der besonders gedeckten Geschäfte wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	12.104.502,37	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	30.397,26	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	15.000.000,00	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.000.000,00	
- mehr als fünf Jahre	0,00	
In folgendem Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	26.266.578,29	26.266.578,29
 Aktiva 4 - Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.475.819,62	10.475.940,11
- nachrangige Forderungen	11.337,04	14.961,89
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	54.190.329,52	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	138.031.190,89	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	466.156.840,11	
- mehr als fünf Jahre	925.756.735,05	
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	53.000.609,75	
 Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Beträge, die bis zum 31.12.2016 fällig werden	55.258.233,00	
- nachrangige Vermögensgegenstände	4.602.026,44	9.302.248,26
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	277.964.331,25	
- nicht börsennotiert	9.689.482,04	

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Wertpapiere inländ. öffentlicher Emittenten	49,3	ja	Marktpreis
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	10,0	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	76,8	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Kapitalmarktfloater	35,3	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche sonstige Wertpapiere	108,9	nein	Indikativer Preis
Anleihe ohne Befristung	4,5	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	0,5	nein	Indikativer Preis

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert Mio. Euro	Marktwert Mio. Euro	Diff. Marktwert - Buchwert Mio. Euro	Ausschüttung 2015 Mio. Euro
Rentenfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition in dänische Staatsanleihen und Pfandbriefe, wobei das Währungsrisiko gehedged ist.	15,5	16,3	0,8	0,5
Spezialfonds Graf-Adolf II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer Investition im Investmentgrade-Bereich von europäischen Unternehmen mit einer sehr breiten Streuung (Einzelwert i. d. R. nicht größer als 300 Tsd. Euro).	34,1	35,2	1,1	0,8
Mischfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert I Die Anlage erfolgt zu 69 % in Rentenpapieren (überwiegend Staats- und andere besicherte Anleihen) und zu 31 % in europäischen Standardaktien. Z. Z. entfallen ca. 15 % des Fondsvermögens auf High Yields.	68,4	85,8	17,4	2,4
Spezialfonds Graf-Adolf I Die Anlage erfolgt zu 38 % in Aktien (Euro-Stoxx-Werte) sowie zu 62 % in Renten (überwiegend europäische Staatsanleihen und Pfandbriefe) und liquide Mittel.	31,0	31,0	0,0	0,7

Bei allen Investmentfonds ist eine tägliche Rückgabe möglich.
Es wurden keine Abschreibungen unterlassen.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln. Die in der obigen Aufstellung enthaltenen Anteile an Investmentvermögen sind hierin enthalten:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Spezialfondsanteile	67,5	ja	Rücknahmewert gem. KAGB
Immobilienfondsanteile, börsennotiert	4,4	ja	Börsenpreis
Immobilienfondsanteile, sonstige	5,0	ja	Rücknahmewert gem. KAGB
Immobilienfondsanteile, übrige	1,0	ja	Rücknahmewert mit Abschlag
Sonstige Publikumsfondsanteile	9,7	ja	Rücknahmewert gem. KAGB
<u>Anlagevermögen</u>			
Aktien	0,3	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	68,4	ja	Rücknahmewert gem. KAGB

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	4.405.722,25 Euro
- nicht börsennotiert	9.715.880,00 Euro

Aktiva 6a - Handelsaktiva

Innerhalb des Geschäftsjahrs haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Die im Jahresverlauf gehaltenen Handelsbestände wurden vor Jahresende verkauft.

Aktiva 7 - Beteiligungen

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Anteil am Kapital %	Eigenkapital * Tsd. Euro	Jahresergebnis * Tsd. Euro
Parkhaus Keldersplatz GbR, Solingen	33,33	615	52
Parkhausges. Keldersplatz mbH, Solingen	33,33	57	0
RW Gesellschaft öff.-rechtlicher Anteilseigener II mbH, Düsseldorf	32,86	25	24

* Eigenkapital und Jahresergebnis entsprechen dem Stand gemäß letztem festgestellten Jahresabschluss per 31.12.2014

Bei der Parkhaus Keldersplatz GbR, Solingen, sind wir unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - SachanlagenEuro

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten

6.914.896,02

Aktiva 13 - Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind enthalten:

- Anteilsbesitz an der Stadtwerke Solingen GmbH ohne Dauerhalteabsicht

12.565.130,00

Die Übernahme des Anteilsbesitzes an der Stadtwerke Solingen GmbH erfolgte zum 30.09.2012.

Da wir über die gegebene rechtliche Konstellation nur eine vorübergehende Haltedauer besitzen, wird der Anteilsbesitz unter Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Aktiva 14 - RechnungsabgrenzungspostenEuroEuro i. Vj.

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten

165.939,98

276.062,18

Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. hierauf 5,5 % Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Sachanlagen, Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Währungsumrechnung

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 2.836.544,63 Euro.

Entwicklung des Anlagevermögens

in Euro	Anschaffungs- kosten	Veränderungen während des Berichtsjahrs				Abschrei- bungen insgesamt	Bilanzwert zum 31.12.2015	Bilanzwert zum 31.12.2014	Abschrei- bungen des Geschäftsjahrs	Abschrei- bungen des Vorjahrs
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschrei- bungen					
Grundstücke und Gebäude	70.726.673,76	25.273,47	24.840,00	0,00	0,00	57.290.919,83	13.436.187,40	14.276.823,60	841.069,67	898.833,59
Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.147.746,27	919.102,37	1.009.118,28	0,00	0,00	21.961.071,76	3.096.658,60	3.026.006,96	835.075,73	749.366,28
Immaterielle Anlagewerte	1.839.417,24	46.194,18	0,00	0,00	0,00	1.811.983,42	73.628,00	83.854,00	56.420,18	78.886,02
		Veränderungen zusammengefasst								
Schuldv. u. andere festv. Wertpapiere	0,00				+	0,00	0,00	0,00		
Aktien u. andere nicht festv. Wertpapiere	68.737.296,71				-	13,94	68.737.282,77	68.737.296,71		
Beteiligungen	42.896.064,73				-	11.363.367,87	31.532.696,86	33.305.452,09		
Anteile an Wohnungs- baugenossenschaften	92.550,00				-	12.000,00	80.550,00	80.550,00		
Sonstige Vermögens- gegenstände	101.019,73				+	0,00	101.019,73	101.019,73		

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	60.867.619,03	
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	62.648.697,61	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.804.325,47	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	84.037.262,29	
- mehr als fünf Jahre	103.253.907,32	
Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	359.152,04	161.324,89
Der Unterposten ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	3.760.454,34	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	90.462.265,14	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.999.652,19	
- mehr als fünf Jahre	335.427,96	
Der Unterposten bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	32.836.701,42	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.256.811,21	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	28.062.797,60	
- mehr als fünf Jahre	21.450.675,37	
Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten		
Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2016 fällige Beträge enthalten:	2.067.209,99	
Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten		
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.		
Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	1.708.475,07	2.052.671,95

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Währungsumrechnung

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 2.860.020,99 Euro.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Sicherungsabtretung von Kreditforderungen an die NRW.Bank für Weiterleitungsmittel
in Höhe von 131.225.829,86 Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten folgende Aufwendungen, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind:

Aufwendungen aus der vorzeitigen Schließung von Swaps im Rahmen der Zinsrisikosteuerung in Höhe von 1.397.779,72 Euro

Sonstige Angaben

Kapitalrendite

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 0,176 %.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swapgeschäften abgeschlossen.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente, bei denen es sich ausschließlich um OTC-Produkte handelt, wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. Euro				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten			Insge- samt		
	bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
Zinsswaps	15,0	135,0	30,0	180,0	-3,9	
davon: Deckungsgeschäfte	15,0	135,0	30,0	180,0	-3,9	
Zinsswaps	0,0	0,0	10,0	10,0	0,1	
davon: Deckungsgeschäfte	0,0	0,0	10,0	10,0	0,1	

¹⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Swapgeschäfte wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2015 Verwendung.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2015 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (1,6074 %). Zum 31.12.2015 beträgt unsere Beteiligungsquote 1,3912 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 8,5 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2015 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrags vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2016 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgelds werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) überprüft.

Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahrs um 1 % ihres Betrags erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 26,1 Mio. Euro im Jahr 2015 2,0 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2015 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 57,8 Mio. Euro ermittelt.

Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK etwa 31 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2015 verwendet.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	289 Tsd. Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	36 Tsd. Euro
c) für sonstige Leistungen	0 Tsd. Euro
	<hr/>
Gesamthonorar	325 Tsd. Euro
	<hr/> <hr/>

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	364
Teilzeit- und Ultimokräfte	174
	<hr/>
	538
Auszubildende	36
Insgesamt	574
	<hr/> <hr/>

Verwaltungsrat

bis 11.11.2015

Mitglieder:

Oberbürgermeister
Norbert Feith (bis 19.10.2015)
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel
Oberbürgermeister a.D.
selbst. Geschäftsführer einer Immobilien-
verwaltung
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Reiner Daams
Referatsleiter im Ministerium für Bauen und
Verkehr NRW
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug
Oberbürgermeister i.R.
Bernd Krebs
Rentner
Kai Sturmfels
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Tim Kurzbach
Geschäftsführer Wohlfahrtsverband
Dr. Kay Zerlin
Regierungsdirektor im Ministerium für
Innovation, Wissenschaft und Forschung
Erik Pieck
Industriemeister Druck
Heinz Bender
Rentner

Stellvertreter:

Iris Preuß-Buchholz
MdL

Ursula Linda Zarniko
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW

Jan Welzel
Geschäftsführer Wohlfahrtsverband
Frank Schütz
selbst. Immobilienkaufmann
Torsten Küster
Oberstudienrat im Schuldienst
Achim Fritsche
Diplom-Mathematiker, Lehrer im Schuldienst
Heinz Schreiber
Rentner

Thomas Holtey (bis 28.09.2015)
freigestellter Betriebsrat Bayer AG/BMS AG
Martin Bender
Personalreferent in einem
kommunalen Versorgungsunternehmen

Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller
Fabian Blasberg
René Tzschabran
Kristian Winkelhoch
Sascha Ramm

Bettina Schilske
Lothar Krause
Tomas Zafirov
Carsten Buder
Christian Märkel

Verwaltungsrat

ab 12.11.2015

Mitglieder:

Oberbürgermeister
Tim Kurzbach
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel
Oberbürgermeister a.D.
selbst. Geschäftsführer einer Immobilien-
verwaltung
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Reiner Daams
Referatsleiter im Ministerium für Bauen und
Verkehr NRW
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug
Oberbürgermeister i.R.

Bernd Krebs
Rentner
Kai Sturmfels
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Iris Preuß-Buchholz
MdL
Dr. Kay Zerlin
Regierungsdirektor im Ministerium für
Innovation, Wissenschaft und Forschung
Erik Pieck
Industriemeister Druck
Heinz Bender
Rentner

Stellvertreter:

Ramona Engels
Assistentin im Corporate Category Management

Ursula Linda Zarniko
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW

Jan Welzel (bis 17.02.2016)
Geschäftsführer Wohlfahrtsverband
Carsten Voigt (ab 18.02.2016)
Betriebsleiter eines Edelstahlproduzenten
Frank Schütz
selbst. Immobilienkaufmann
Torsten Küster
Oberstudienrat im Schuldienst
Achim Fritsche
Diplom-Mathematiker, Lehrer im Schuldienst
Heinz Schreiber
Rentner

Alexandra Mehdi
PR-/Eventmanagerin bei einem Medienunternehmen
Martin Bender
Personalreferent in einem
kommunalen Versorgungsunternehmen

Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller
Fabian Blasberg
René Tzschabran
Kristian Winkelhoch
Sascha Ramm

Bettina Schilske
Lothar Krause
Tomas Zafirov
Carsten Buder
Christian Märkel

Vorstand

Stefan Grunwald, vorsitzendes Mitglied

Manfred Kartenberg, Mitglied

Andreas Tangemann, stellvertretendes Mitglied (ab 01.07.2015)

Zusätzlich sind mit Herrn Reinhold Atts und Herrn Hermann Nett zwei Verhinderungsvertreter bestellt.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat auf Grundlage des Jahresergebnisses nach Bewertungsmaßnahmen festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2015			
	Grundbetrag und allgemeine Zulage Tsd. Euro	Leistungszulage (erfolgsabhängig) Tsd. Euro	sonstige Vergütung Tsd. Euro	Gesamtvergütung Tsd. Euro
Stefan Grunwald vorsitzendes Mitglied	357	46	15	418
Manfred Kartenberg Mitglied	333	43	8	384
Andreas Tangemann stellv. Mitglied (ab 01.07.2015)	115	0	5	120
Summe	805	89	28	922

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Diese werden gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG ermittelt.

Im Falle der Nichtverlängerung des Dienstvertrags hat Herr Grunwald Anspruch auf Zahlung eines Ruhegelds bis zum Eintritt des Versorgungsfalls, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Der Anspruch beträgt bis zum 31.12.2017 45 %. Der Anspruch steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an. Bei Herrn Kartenberg tritt mit Beendigung seines Dienstverhältnisses der Versorgungsfall ein. Herr Tangemann hat im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgehalts (ohne allgemeine Zulage und Leistungszulage), sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist.

Hinsichtlich des Ruhegelds und der Versorgungsbezüge besteht eine Regelung für Hinterbliebenenbezüge.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands:

Vorstand	im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung zugeführt Tsd. Euro	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2015 Tsd. Euro
Stefan Grunwald vorsitzendes Mitglied	796	1.017
Manfred Kartenberg Mitglied	649	2.857
Andreas Tangemann stellv. Mitglied (ab 01.07.2015)	99	99
Summe	1.544	3.973

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der festen Bezüge der Vorstandsmitglieder zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Erreichung des Rentenalters wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Hauptausschuss/Bilanzprüfungsausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 281,21 Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss einen jährlichen Pauschalbetrag von 1.533,88 Euro; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge:

Heinz Bender	2.939,93 Euro
Reiner Daams	5.598,65 Euro
Norbert Feith	8.819,79 Euro
Franz Haug	8.257,37 Euro
Bernd Krebs	2.939,93 Euro
Tim Kurzbach	3.988,08 Euro
Erik Pieck	3.498,52 Euro
Iris Preuß-Buchholz	383,47 Euro
Kai Sturmfels	3.783,56 Euro
Ulrich Uibel	3.502,35 Euro
Dr. Kay Zerlin	5.598,65 Euro
Achim Fritsche	281,21 Euro
Fabian Blasberg	4.473,81 Euro
Sandra Klingelhöller	4.064,77 Euro
Sascha Ramm	2.377,51 Euro
René Tzschabran	2.939,93 Euro
Kristian Winkelhoch	2.939,93 Euro
Lothar Krause	281,21 Euro
Christian Märkel	562,42 Euro
Summe	67.231,09 Euro

Den Mitgliedern des Vorstands wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse und Kreditzusagen) in Höhe von 495,0 Tsd. Euro gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurden im Geschäftsjahr Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse und Kreditzusagen) in Höhe von insgesamt 4.798,4 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 760,1 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 10.219,4 Tsd. Euro.

Das Vorstandsmitglied Manfred Kartenberg ist Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Solingen GmbH.

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-solingen.de) unter der Rubrik "Ihre Sparkasse/Ihre Sparkasse vor Ort" veröffentlicht.

Solingen, 15. April 2016

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Tangemann

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2015

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Stadt-Sparkasse Solingen definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 80.846 Tsd. Euro.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 538.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 13.111 Tsd. Euro.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 9.102 Tsd. Euro ergibt sich ein Nettogewinn von 4.009 Tsd. Euro. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen im Rahmen eines EU-Beihilfeverfahrens erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Solingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 13. Mai 2016

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Döring
Verbandsprüfer